

Reform-Blickpunkt

06
08

praesidentin@brk.de +++ staerk-blickpunkt@brk.de +++ Hrsg.: Christa Prinzessin von Thurn und Taxis, Leonhard Stärk
+++ Erscheinungstag: 6. Mai 2008 +++ Weitergabe erwünscht!



**Liebe Kameradinnen und Kameraden
in den Gemeinschaften, liebe Vorstandsmitglieder,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,**

am 22. April 2008 traf sich die Reformkommission zu ihrer vierten von insgesamt sechs angesetzten Sitzungen. Der Kreis der Teilnehmer wurde um die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder Christine Kratzer-Haugg, KV Augsburg-Stadt, Dr. Friedrich Lambert, KV Miltenberg-Obernburg, Walter Stoy, KV Würzburg und Siegfried Böhringer, BV Niederbayern/Oberpfalz erweitert.



In dieser Sitzung wurde deutlich, welche finanziellen Belastungen der Verband aufgrund des dramatischen Defizits des Overheads in den kommenden Jahren zu schultern hat, wenn es uns nicht gelingt, neben der zwingenden notwendigen Sanierung der Landesgeschäftsstelle eine wirkliche Reform unseres Verbands zu beschließen.

Dazu gibt es neben einem Konzept des Landesgeschäftsführers, das in dieser Ausgabe des Reform-Blickpunkts vorgestellt wird, mehrere weitere Vorschläge und Überlegungen, die nun hinsichtlich ihrer finanziellen Auswirkungen berechnet und mit dem Status quo verglichen werden. So haben sich z. B. die Kreisgeschäftsführer des Bezirksverbands Unterfranken mit einer „Vision Unterfranken“ in die Diskussion eingebracht, die Kreisbereitschaftsleiter im Bezirksverband Oberbayern haben ein eigenes „Positionspapier“ erarbeitet und vorgelegt. Weitere wichtige Aspekte, wie z. B. die künftige Betreuung des Ehrenamts, sind in der Reformkommission ausführlich und auch kontrovers diskutiert worden.

Die Reformkommission hat den Landesgeschäftsführer beauftragt, diese Reform-Szenarien bis zur nächsten Sitzung am 27.5.2008 mit konkreten Zahlen zu hinterlegen. Denn am 30.6.2008 wird der Landesvorstand die Vorschläge der Reformkommission zur Kenntnis nehmen, sie diskutieren und sie zur umfassenden Verbandsdiskussion frei geben.

Wir möchten Sie auch auf unser neu gestaltetes Ehrenamtlichen Informations-System (EIS) www.eis.brk.de aufmerksam machen und Sie bitten mitzureden über die Zukunft unseres Bayerischen Roten Kreuzes, das uns allen am Herzen liegt.

Herzlichst,

Christa Prinzessin von Thurn und Taxis, Präsidentin

Leonhard Stärk, Landesgeschäftsführer

Neue Mitglieder der Reformkommission

Name	Funktion
Böhringer, Siegfried	Vorsitzender der Wasserwacht im BRK Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz
Stoy, Walter	Vorsitzender BRK-KV Würzburg
Lambert Dr., Friedrich	Hinzuberufenes Vorstandsmitglied des BRK-KV Miltenberg/Obernburg
Kratzer-Haugg, Christine	Vorstandsmitglied BRK-Kreisverband Augsburg-Stadt und Mitglied des Landesvorstands

ZWISCHENBILANZ



Wo stehen wir heute in Sanierung und Reform?

Die von der Landesversammlung am 17.11.2007 in Rotthalmünster geforderte weitere Sanierung der Landesgeschäftsstelle ist von der Landesgeschäftsführung mit den folgenden Maßnahmen fortgesetzt worden:

- Personalreduzierung in der LGST (durch echten Abbau, Altersteilzeit und Verlagerung auf andere Verbandsstufen) von 200 MAK im November 2007 auf 122 MAK im Dezember 2012, zum 30.04.2008 sind in der Landesgeschäftsstelle rd. 176 MAK beschäftigt
- d. h. Personal- und Sachkostenreduzierung um 6 Mio. Euro p. a. von 26 Mio. Euro in 2008 auf 20 Mio. Euro in 2012
- Abgabe der sechs Altenheime der LGST in 2008 an RKB und KV Landshut in 2008 mit einer damit verbundenen sofortigen Entlastung der LGST um rd. 43 Mio. Euro Verbindlichkeiten
- Verkauf der Volkartstraße für rd. 9 Mio. Euro in 2008 und der weiteren nicht betriebsnotwendigen Immobilien der LGST für rd. 4 Mio. Euro

Unter Berücksichtigung dieser oben genannten Maßnahmen hat der Bereich Finanzen der Landesgeschäftsstelle eine „Finanzbedarfsprognose für die Zeit von 2008 bis 2020“ erarbeitet und dabei im Wesentlichen folgende Annahmen zugrunde gelegt:

- unveränderte Verbandsstruktur, d. h. Beibehaltung der Dreistufigkeit
- unveränderte Kosten der Bezirksebene, d. h. keine Einsparungen gegenüber Status quo
- unveränderte Verbandsumlage von heute 7,5 Mio. Euro, (verteilt mit 40 % Bezirksgeschäftsstellen und 60 % Landesgeschäftsstelle)
- keine unterjährige Rückzahlung von Altlasten-Fonds-Mitteln an die KVe

Das Fazit, das sich aus dieser Finanzbedarfsprognose ziehen lässt, kann wie folgt zusammengefasst werden:

1. Für die Jahre 2008 und 2009 ist der Finanzbedarf der Verbandsspitze (LGST und BGST) durch die erwarteten und teilweise auch bereits sicheren Erlöse (siehe Volkartstraße) aus dem Verkauf der Immobilien gedeckt. Die Schulden der LGST reduzieren sich deutlich, die Belastung durch Zins und Tilgung reduziert sich ebenfalls analog.
2. Ab 2011, dem Jahr nach der letztmaligen Belastung durch die in früheren Jahren unterlassenen Instandhaltungen z. B. für die Immobilien im Projekt Elisabeth, errechnet sich über die heutige Verbandsumlage von rd. 7,5 Mio. Euro p.a. hinaus DENNOCH ein nicht gedeckter Finanzbedarf der Verbandsspitze von 5-7 Mio. Euro pro Jahr. Von diesen rd. 7 Mio. Euro sind rd. 4,5 Mio. Euro sogenanntes „strukturelles Defizit“ der Landesgeschäftsstelle, nur noch 2,5 Mio. Euro sog. „Altlasten“, diese mit abnehmender Tendenz!
3. Diesem jährlichen Finanzbedarf der Verbandsspitze stehen im Gesamtverband, also überwiegend bei den Kreisverbänden, zwar Kosteneinsparungen bzw. Mehrerlöse u. a. durch die Projekte Strategischer Einkauf, IT-Strategie und Fundraising gegenüber, ansteigend von 1,6 Mio. Euro in 2009 bis 8,5 Mio. Euro p. a. ab 2011, die aber durch steigende Kosten bei den Kreisverbänden wieder teilweise aufgezehrt werden!
4. Im Jahre 2018 entsteht durch die Endfälligkeit eines bis dahin tilgungsfreien Darlehens ein einmalig hoher Finanzbedarf von zusätzlich 24,2 Mio. Euro, sofern dieses Darlehen dann nicht umgeschuldet oder verlängert wird. Im Jahre 2018 hat der Verband also ein Gesamtdefizit von einmalig 30 Mio. Euro zu schultern, wenn nichts geschieht!

Fazit:

Fakt ist, dass wir im BRK bei Beibehaltung des Status quo für Landesgeschäftsstelle und Bezirksgeschäftsstellen, also für unsere Verbandsleitungsstellen (Overhead), von 2010 bis 2020 deutlich mehr Mittel brauchen als wir aus heutiger Sicht aus Verbandsmitteln zur Verfügung stellen können.

Diese ernüchternden Zahlen sind in einer „Finanzbedarfsprognose 2008 – 2020“ enthalten. Wir verzichten unter Hinweis auf die Erklärungsbedürftigkeit und die hohe Sensibilität dieses Themas auf eine vollständige Veröffentlichung an dieser Stelle. Stattdessen möchten wir ab Mai in insgesamt acht regionalen Veranstaltungen den Delegierten die „Finanzbedarfsprognose 2008 – 2020“ persönlich erläutern. Auf Nachfrage können Sie die „Finanzbedarfsprognose 2008 – 2020“ in gedruckter Form von der Landesgeschäftsstelle beziehen. ▶

Reform und Sanierung verknüpfen:

Der Landesgeschäftsführer hat diese Situation am 14. April dem Landesvorstand vorgetragen und dringend empfohlen, aus Sicherheitsgründen ab sofort Sanierung und Reform zusammen zu legen, um zu verhindern, dass mit einer auf die Kosten der LGST beschränkten Sanierung die spätere Reform gefährdet bzw. die Reform nicht umfassend genug gestaltet wird angesichts der dramatischen Defizite des Overhead. Denn eines ist klar geworden: Es geht jetzt darum, weitere Schuldenmacherei auf Overheadseite ab 2010 zu vermeiden durch eine Gesamtreform einschließlich der „Sanierung“, d. h. der kritischen Betrachtung aller Strukturen, Kosten und Erlöse auf allen Verbandsstufen!

Der Landesvorstand hat auf Vorschlag der Teilnehmer des Klausurgesprächs von Boxdorf am 9. April ohne Gegenstimme mit drei Enthaltungen beschlossen, beide Projekte „Sanierung“ und „Reform“ zusammen zu legen, ohne dabei natürlich den Druck auf die nachhaltige und deutliche Senkung der Kosten in der Landesgeschäftsstelle zu verringern.

Die Veröffentlichung der finanziellen Eckdaten soll dazu dienen, die Diskussion im Verband zu versachlichen und weiterzubringen.

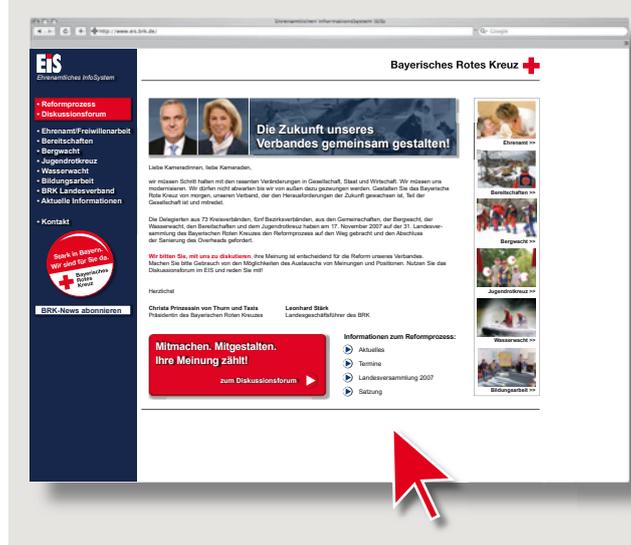
Termine für die regionalen Informationsveranstaltungen zu Sanierung und Reform

Ort	Termin
regionale Informationsveranstaltung in Oberbayern NORD (Obb./Nord)	28. Mai 2008
regionale Informationsveranstaltung in Schwaben (Schw.)	02. Juni 2008
regionale Informationsveranstaltung in Unterfranken (Ufr.)	03. Juni 2008
regionale Informationsveranstaltung in Oberbayern SÜD (Obb./Süd)	04. Juni 2008
regionale Informationsveranstaltung in Niederbayern (Ndb.)	05. Juni 2008
regionale Informationsveranstaltung in Oberpfalz (Opf.)	09. Juni 2008
regionale Informationsveranstaltung in Mittelfranken (Mfr.)	10. Juni 2008
regionale Informationsveranstaltung in Oberfranken (Ofr.)	12. Juni 2008

Wie dem oben dargestellten Terminplan zu entnehmen ist, finden im Mai und Juni regionale Informationsveranstaltungen zu Sanierung und Reform statt. Das für 31. Mai bzw. 7. Juni 2008 geplante Treffen der Vorsitzenden und Schatzmeister der Kreis- respektive Bezirksverbände wird auf einen Termin im Juli verschoben.

Wir möchten Sie alle, wirklich alle Mitglieder und Mitarbeiter des BRK, insbesondere aber unsere Leitungs- und Führungskräfte aufrufen, sich an der Reformdiskussion zu beteiligen. Wir richten dafür ein Password-geschütztes Internet-Forum ein, in dem alle Beiträge eingesehen, abgerufen und kommentiert werden können. Bitte beteiligen Sie sich schon jetzt an dieser wichtigen Diskussion.

Diskussionsforum im Internet (EIS)



Und so einfach kann man mitdiskutieren:

1. Um Ihr persönliches Zugangsrecht zu erhalten, müssen Sie sich einmalig mit einem Online-Formular „Log-in beantragen“ unter www.eis.brk.de registrieren lassen.
2. Nach Abschicken des ausgefüllten Online-Formulars überprüft der zuständige Kreisverband Ihre Angabe.
3. Innerhalb von wenigen Tagen erhalten Sie eine E-Mail mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort.
4. User aus dem BRK-Intranet (VIS) benötigen keine Registrierung.

Reformkonzepte gefragt

Vor dem Hintergrund der sehr ernüchternden Zahlen 2008-2020 hat der Landesgeschäftsführer am 9. April den Mitgliedern der Präsidiums-Klausur, am 14. April den Mitgliedern des Landesvorstands und am 22. April den Mitgliedern der Reformkommission seine Überlegungen zu einer Verbandsreform vorgestellt, die von einer Zweistufigkeit des Verbands ausgeht. Wir wollen den Lesern des Reform-Blickpunkts diese sehr weitgehende Konzeption des Landesgeschäftsführers vorstellen, obwohl sie weder in ihren verbandlichen Konsequenzen noch in ihren finanziellen Folgen bereits vollständig durchleuchtet ist. Es muss hinzugefügt werden, dass es zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Körperschaft mehrere Lösungsansätze gibt, über die letztlich der Verband in der Landesversammlung entscheiden wird. Auch diese Szenarien müssen in ihren Konsequenzen für die Verbandsarbeit und unter finanziellen Aspekten berechnet und durchdacht werden. Diese Berechnungen erfolgen – auch unter aktiver Beteiligung der Bezirksgeschäftsführer – offen und neutral – und die Reformkommission wird im Mai und Juni zu entscheiden haben, mit welchem Reformszenario der Verband seine finanziellen Probleme am sichersten lösen kann.

Nur eine Variante ist definitiv nicht möglich: die Beibehaltung des Status quo, alles so zu lassen, wie es heute ist, weil uns dies durch neue Schulden ab 2010 in den wirtschaftlichen Ruin führen würde. Darüber waren sich Landesvorstand und Reformkommission einig.

Betrachten Sie also bitte den nachfolgenden Text des Landesgeschäftsführers als einen Anstoß zur Diskussion über die Zukunft des BRK.

Klausurgespräch vom 9. April 2008 mit den Teilnehmern der Strategieklausur vom 19./20.12.2007 Vorschlag des Landesgeschäftsführers:

„Reform oder Sanierung – was braucht das BRK wirklich?“

Nachdem in den Monaten seit der letzten Landesversammlung am 17.11.2007 in Rotthalmünster einiges an Reformüberlegungen im Verband diskutiert wird, kommt immer wieder die Forderung auf:

„Saniert Ihr erst einmal die Landesgeschäftsstelle, dann können wir uns vielleicht über eine Reform unterhalten.“

Sanierung vor Reform – vielleicht sogar: Sanierung statt Reform? Ist das wirklich der Weg, ist das wirklich die Alternative?

Ich fürchte: Nein!

Warum Sanierung der Landesgeschäftsstelle? Weil die Landesgeschäftsstelle seit Jahren, vielleicht sogar seit Jahrzehnten mehr Geld verbraucht als sie einnimmt. Es wird immer wieder formuliert, bis zum 31.12.2006 habe die Landesgeschäftsstelle ca. 50 Mio. Euro „Eigenkapital vernichtet“, heißt im Klartext: Bis 31.12.2006 hat die Verbands-Kostenstelle „Landesgeschäftsstelle“ ca. 50 Mio. Euro mehr verbraucht als sie eingenommen hat. Dies führte zu Kreditaufnahmen bei den Banken und dies wiederum führte zu weiteren Belastungen aus Zins- und Tilgungsleistungen. Dieser fatale Kreislauf muss gestoppt werden!

Die sogenannten „Altlasten“ machen bei dem Defizit der Landesgeschäftsstelle dank verschiedener Maßnahmen der letzten Jahre (Projekt Elisabeth; Schließung defizitärer Einrichtungen), nur noch einen kleineren Teil des Problems aus: die Zinsbelastung sinkt von 1,8 Mio. Euro in 2008 auf 1,2 Mio. Euro in 2012 mit fallender Tendenz. Belastungen aus dem Projekt Elisabeth und Tilgungen sinken von 8,7 Mio. Euro in 2008 auf 1,8 Mio. Euro in 2012 und in den Folgejahren dann auf 1,4 Mio. Euro p. a.. Dass das Projekt „Elisabeth“ und eine voluminöse Umschuldung in 2004 in den Folgejahren noch zu Belastungen führen werden, ist jedem klar: in 2018 kommt nochmal ein dicker Brocken an Tilgungsleistungen in Höhe von knapp 23 Mio. Euro auf uns zu, der zwar jetzt nicht übersehen werden darf, der uns aber bei der kurzfristigen Betrachtung der Sanierung nicht vom eigentlichen Problem ablenken sollte.

Der nicht gedeckte Finanzbedarf der Landesgeschäftsstelle ist jedoch viel höher: 15,0 Mio. in 2008, 9,9 Mio. in 2009, 10,3 Mio. in 2010, 7,6 Mio. in 2011, 6,3 Mio. in 2012 und so weiter. ▶

Der größte Teil davon sind ca. 5 bis 7 Mio. Euro pro Jahr als strukturelles Defizit, in 2008 sind dies 7 Mio. Euro, als Differenz zwischen 28 Mio. Euro Aufwand und 21 Mio. Ertrag der Landesgeschäftsstelle.

Während wir auf der Landesebene in den Jahren 2008 und 2009 noch einiges an „Tafelsilber“ verkaufen können und damit in diesen beiden Jahren wahrscheinlich keine zusätzlichen Kredite für die Landesebene aufnehmen werden müssen, werden aber ab 2010 weitere Kredite nötig, um den Finanzbedarf zu decken, wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen!

Das ist die Wahrheit! Der müssen wir uns stellen!

Sanierung der Landesgeschäftsstelle heißt nun: Kosten runter, Erträge rauf!

Kosten weiter reduzieren

Die Personalkosten gehen in den Jahren 2008 bis 2012 von 15 auf 11 Mio. Euro zurück, die Sachkosten von 12 auf 10 Mio. Euro – keine wahnsinnig dramatischen Bewegungen, das gebe ich zu. Personal kann in der Landesgeschäftsstelle aus zwei Gründen nicht in stärkerem Maße reduziert werden:

- aus arbeitsrechtlichen Gründen: weil viele Mitarbeiter nicht mehr kündbar sind! Und weil die eventuell leichter kündbaren Mitarbeiter für die Neuausrichtung dringend gebraucht werden!
- aus verbandspolitischen Gründen: weil Leistungen der Landesgeschäftsstelle erwartet werden oder weil wir zu bestimmten Leistungen sogar rechtlich verpflichtet sind: Rettungsdienst, Controlling/FiBu, IT, Revision, Spitzenverbandsaufgaben etc.

Das, was an Vermögenswerten verkaufbar war, haben wir verkauft – die sechs Heime, die sonstigen Immobilien! Geblieben sind uns noch die Beteiligungsvermögen an unseren Tochtergesellschaften.

Nennenswerte Einsparungen wären jetzt nur noch möglich in Bereichen, für die Grundsatzentscheidungen erforderlich sind: Rückzug aus Gremien, Organen und Tätigkeitsbereichen, Streichung von Zuschüssen an Gemeinschaften, Abbau der Revision, Aufgabe von zukunftssichernden und sinnvollen, aber auch kostenintensiven Projekten wie FiBu, KEK oder IT, zu denen uns aber Rechtsaufsicht, Wirtschaftsprüfer und Rechnungshof zwingen oder wenigstens dringend anhalten.

Die Kostenreduzierung als der eine Teil der Sanierung der Landesgeschäftsstelle ist aus eigener Kraft an ihre Grenzen gelangt. Ich würde Ihnen gerne bessere Sanierungsergebnisse vorlegen, kann es aber nicht.

Erträge steigern

Wenn die Kosten nicht weiter reduziert werden können, bleibt die Einnahmenerhöhung. Eine Erhöhung der Einnahmen der Landesgeschäftsstelle kann auf zwei Wegen erfolgen:

- über Aufbau eigenen operativen Geschäfts
- über Erhöhung der Umlagen

Dass die Landesebene für das operative RK-Geschäft nicht die richtige Ebene ist, hat sie in den letzten Jahrzehnten zu Genüge bewiesen. Dieser Weg scheidet aus – er würde auch gegen die Satzung verstoßen (Subsidiarität).

Die Erhöhung der Umlage findet ihre Grenzen in der Leistungsfähigkeit der Kreisverbände, da diese die Umlagenerhöhung erwirtschaften müssten. Heute leisten die Kreisverbände eine Verbandsumlage zur Finanzierung der Verbandsspitze (Landesgeschäftsstelle einschließlich der fünf Bezirksgeschäftsstellen) in Höhe von 7,5 Mio. Euro, zusätzlich leisten sie ca. 1,5 Mio. Euro an direkten Leistungsentgelten an die Landesgeschäftsstelle und 2,7 Mio. Euro an direkten Leistungsentgelten an die Bezirksgeschäftsstellen. ▶

In naher Zukunft kommen auf die Kreisverbände weitere Kostensteigerungen und Belastungen zu, die am Markt verdient werden müssen und Veränderungen, die verkräftet werden müssen und die nicht in vollem Umfange refinanzierbar sind:

- Personalkostensteigerungen durch Tarifabschlüsse
- Kostensteigerungen beim Bezug von Waren und Dienstleistungen
- Belastungen durch Umstellung IT und FiBu
- intensiverer Wettbewerb im Krankentransport
- drohende Ausschreibungen für Rettungsdienstleistungen nach EU-Recht
- schärferer Wettbewerb in der stationären und ambulanten Altenpflege
- Rückgang öffentlicher Förderungen
- Rückgang von Spenden und Beiträgen

Eine Erhöhung der Umlage müsste also behutsam und mit Blick auf die Leistungsfähigkeit der Kreisverbände begrenzt gestaltet werden. Eine vollständige Abschöpfung von möglichen Einsparungen und Mehreinnahmen durch IT, Einkauf oder Fundraising scheidet aus, da dies den Kreisverbänden jede Entwicklungsmöglichkeit abschneiden würde.

Was ist also zu tun?

Es sind vor diesem Hintergrund alle unsere Abläufe und Strukturen auf den Prüfstand zu stellen. Wir müssen das BRK kostengünstiger, schlanker, schneller, effizienter und leistungsfähiger machen. Wir müssen dies hauptsächlich für den Bereich der marktnahen Tätigkeitsfelder machen, um hier in Zukunft kein „Geld zu verbrennen“, keine Wertvernichtung zu betreiben und auf Kosten des Ehrenamts zu leben!

Das ist jedoch nicht mehr Sanierung, das ist Reform, und zwar eine grundlegende Reform!!!

Deshalb ist es richtig, Sanierung und Reform zu verknüpfen und eine gemeinsame Bearbeitung beider Prozesse zu vereinbaren.

Sanierung und Reform – beides ist untrennbar miteinander verbunden.

Erfolg = (Sanierung + Reform)

Ich sehe die Sanierung und die Reform der einheitlichen Körperschaft in fünf Schritten:

- 1.** Erhalt der Selbständigkeit und Stärkung der Leistungsfähigkeit der Kreisverbände in Ehren- und Hauptamt als einzige operative Verbandsebene unter der Bedingung, dass die Kreisverbände in der Lage sind, ihre Aufgaben und Probleme eigenständig zu lösen. (z. B. durch: Neu-Organisation unserer wirtschaftlichen Tätigkeitsfelder nach Regionen, Bildung von Verwaltungsgemeinschaften nach eigenem Ermessen, Zuweisung von eigenen Wirkungskreisen nach § 30 BGB, Trennung von Aufsicht und Exekutive, Fortsetzung der gemeinsamen Projekte IT, FiBu, KEK)
- 2.** Verschlankung der Landesebene, soweit arbeitsrechtlich möglich und sozialverträglich, und ihre Anerkennung als Verbandsleitung in den wirtschaftlichen Tätigkeitsfeldern, als Dienstleistungseinheit, Spitzenverband und als einzige strategische Verbandsebene.
- 3.** Abbau der Bezirksebene, soweit arbeitsrechtlich möglich und sozialverträglich, als eigenständige Verwaltungseinheit/Selbstverwaltungsebene, weil wir uns keine zwei strategischen Leitungsebenen mehr leisten können (unter Abgabe/Übertragung der bisher erfüllten Aufgaben überwiegend an Kreisverbände).
- 4.** Systematische „Sanierung“ unserer Geschäftsfelder mit dem Ziel der Vermeidung von Defiziten in unseren marktnahen Tätigkeitsgebieten.

(Bis dahin müssen diese Schritte uns jährlich 12 bis 15 Mio. Euro Einsparungen bringen.)

- 5.** Anpassung der Verbandsumlage an den gedeckelten und jährlich zu überprüfenden Finanzbedarf des Overhead ab 2012. ▶

Rahmenbedingungen

Diese Sanierung/Reform sollte unter folgenden Rahmenbedingungen erfolgen:

1. Wirtschaftliches Handeln

Wirtschaftliche Geschäftsfelder dürfen in Übereinstimmung mit den RK-Grundsätzen nur betrieben werden, wenn sie sich nachhaltig selbst tragen und keine Fördermitgliederbeiträge und Spendenmittel verbrauchen; sie müssen inhaltlich und materiell die ideelle RK-Arbeit fördern. Ausnahmen müssen begründet werden und planbar sein, z. B. Sozialarbeit.

2. Ehrenamt

Für die Belange des Ehrenamtes in den Gemeinschaften sollen, wo dies noch nicht geschehen ist, „Servicestellen Ehrenamt“ in den Kreisverbänden eingerichtet werden. Auf der Ebene der jetzigen Bezirksverbände sind Regionalbüros „Ehrenamt und Gemeinschaften“ vorstellbar, z. B. bei einem Kreisverband der Region mit einer bestimmten Zahl von Vollzeitstellen und einem bestimmten Sachkostenbudget auszustatten. Aufgabe dieses „Regionalbüros Ehrenamt und Gemeinschaften“ ist die Unterstützung der Führungs- und Leitungskräfte in den Gemeinschaften auf Bezirksebene bei der Organisation und Vorbereitung von Gremiensitzungen, Tagungen, Veranstaltungen etc.. Servicestellen und Regionalbüros schaffen Nähe zu den Menschen in den Gemeinschaften, die die Arbeit des Roten Kreuzes prägen.

3. Geschäftsfelder

Es werden verpflichtende Leitlinien für Produktentwicklung, Marktbearbeitung, Qualitätsmanagement, strategischen Einkauf und Wirtschaftlichkeit in den marktnahen Tätigkeitsgebieten für Kreisverbände und Töchter gemeinsam mit ihnen entwickelt. Markteintritts- und Investitionsentscheidungen treffen die Kreisverbände nach wie vor selbst.

4. Regionalmanagement

Das BRK organisiert sich auch hauptamtlich/wirtschaftlich in Regionen. Je Region könnte aus dem Kreis der KGF ein Regionalbeauftragter gewählt werden zur Sicherstellung der verbandlichen Meinungsbündelung, des Informationsflusses sowie der verbandlichen Willensbildung. Der Regionalbeauftragte vertritt seine Region in einer Regionalkonferenz.

5. Aufgaben der Landesebene

Zu den alleinigen Aufgaben der Landesebene mit Verbindlichkeit für die Kreisebene und die Tochtergesellschaften gehören:

Spitzenverbandsvertretung gegenüber Landes- und Bezirksbehörden, Landes- oder Bezirksgremien und gegenüber dem DRK-Bundesverband, Revision, Tarifpolitik, Rettungsdienst-Verhandlungen, Betrieb eines Rechenzentrums, Controlling (Geschäftsfeldcontrolling, Beteiligungscontrolling), Abschlussprüfung für die Körperschaft und Festlegung von Vorgaben für die Teilabschlüsse der Kreisverbände und der Tochtergesellschaften und evtl. weiterer Serviceeinrichtungen nach Vereinbarung. Operatives Handeln findet nur noch in Kreisverbänden statt – über eine Ausgliederung von operativen Aufgaben auf Tochter- oder Beteiligungsgesellschaften wird, falls nötig, gemeinsam mit den Kreisverbänden entschieden.

6. Aufgaben der Kreisverbände

Im Rahmen eines eigenen Wirkungskreises haben die Kreisverbände die Hoheit über ihre Finanzen und über Art und Umfang der Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben im Rahmen der Leitlinien. Sie vertreten die Körperschaft in ihrem Wirkungskreis unbeschränkt gegenüber Dritten. Die Kreisverbände unterstützen sich gegenseitig in der Erfüllung ihrer Aufgaben und bilden dort, wo dies möglich und sinnvoll ist, nach eigenem Ermessen Arbeits- und Verwaltungsgemeinschaften.

7. Unterstützung und Überwachung

Eine Unterstützung und eine Überwachung der Einhaltung der Leitlinien durch die Landesebene erfolgt im Rahmen eines verbindlichen, einheitlichen und periodischen Verbandscontrollings, durch die Tätigkeit der Internen Revision nach Revisionsordnung und Revisionsplan sowie im Rahmen der Abschlussprüfung der Kreisverbände.

8. Umlagen-Deckelung auf maximal X Mio. Euro

Wir müssen künftig mit einer Verbandsumlage in Höhe von maximal X Mio. Euro auskommen, um die Spitzenverbandstätigkeit und die zentralen Funktionen zu finanzieren. An der Umlage haben sich Kreisverbände und Tochtergesellschaften nach objektiven Kriterien und nach ihrer Leistungsfähigkeit zu beteiligen. Die Höhe und ihre Zusammensetzung werden durch die Landesversammlung im November 2008 beschlossen. ►

Auftrag des Landesvorstands aus dessen Sitzung vom 14. April 2008:

Der Landesvorstand hat nach ausführlicher Diskussion am 14. April 2008 folgenden Auftrag erteilt:

- 1.** Berechnung eines dreistufigen Verbandsaufbaus mit einer klaren, neuen Zuständigkeitsverteilung für Strategie und operativer Verantwortung – was kostet ein solcher Verbandsaufbau im Overhead, welche Verbesserungen bringt er im Abbau von Defiziten, in der Stärkung des Ehrenamts und wie stark kann die Kostenbelastung insgesamt dadurch reduziert werden?
- 2.** Berechnung des zweistufigen Verbandsaufbaus mit den gleichen Anforderungen: Förderung der ehrenamtlichen Arbeit, Verbesserung von Prozessen, Abbau von Defiziten, deutliche Reduzierung der Kostenbelastung im Overhead.

Beide Alternativen müssen bis zum 30.6.2008 mit Zahlen hinterlegt und gegenübergestellt werden, vor allem in den Konsequenzen für die Kreisverbände und ihre Verpflichtung zur Zahlung der Umlage. Und der Verband muss sich dann nach einer ausführlichen Diskussion im November dieses Jahres für einen Weg entscheiden. Vielleicht gibt es ja dann auch weitere Modelle, die die Zielerreichung dauerhaft besser gewährleisten:

- **Sicherung unserer Identität als RK**
- **Wirtschaftlichkeit in unserem Handeln**
- **Finanzierbarkeit unserer Verwaltung**
- **Führbarkeit des Verbands**

Schlussbemerkung

Ich möchte dieses Konzept als Diskussionsgrundlage, als Vorschlag des Landesgeschäftsführers zur langfristigen Lösung des Kosten- und Strukturproblems des BRK verstanden wissen. Andere Konzepte sind möglich und zulässig, alles so zu lassen wie bisher ist allerdings nicht möglich.

Letztlich muss der Verband, müssen die ehrenamtlichen Mandatsträger in der Landesversammlung entscheiden, was sie wollen, wie viel Leistung sie vom Overhead erwarten und wie diese Leistung finanziert werden soll.

Voraussetzung für den Erfolg ist, dass Einzel- oder Gruppeninteressen zurückgestellt werden.

Mein Ziel ist nicht die Durchsetzung von Landesinteressen gegen Bezirks- oder Kreisinteressen, nicht die Durchsetzung von Interessen Hauptamtlicher gegen Ehrenamtliche oder umgekehrt – sondern ausschließlich die zügige, umfassende, nachhaltige und zukunftssichernde Beendigung der Sanierungs- und Reformdebatte durch eine machbare Lösung, um im Verband zur eigentlichen Rotkreuzarbeit zurückkehren zu können.

Dabei wünsche ich mir, dass wir die Diskussion um die beste Lösung in bedingungsloser Anerkennung unseres gemeinsamen aufrichtigen Bemühens um den Fortbestand unseres BRK führen und uns gegenseitig den guten Willen nicht absprechen.

gez. Leonhard Stärk, Landesgeschäftsführer



Bitte schicken Sie mir die aktuelle Finanzbedarfsprognose

Kontakt:

Sekretariat des Landesgeschäftsführers
Tel.: 089/9241-1247
Fax: 089/9241-1476
E-Mail: zange@lgst.brk.de

Bitte vollständig ausfüllen!

Name	Vorname
Kreisverband/Bezirksverband	
Funktion im Kreisverband/Bezirksverband	
Straße	
PLZ	Ort
E-Mail	